

31/X. 1917

111

## Die Forderungen der Staatsbediensteten.

### Engster Zusammenschluß aller Kategorien.

Im Festsaal des Beamtenvereins fand am 28. d. eine von allen Staatsbedienstetenorganisationen Wiens und der Provinz beschiedene Delegiertentagung des Zentralverbandes der österreichischen Staatsbeamtenvereine zur Stellungnahme zu den gemeinsamen Forderungen nach Erhöhung der Teuerungszulage und Gewährung eines Anschaffungsbeitrages statt. Nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden Vizedirektor Fröhlich erstattete Revisor Schmid einen Bericht über die Forderungen der Staatsbediensteten. Abg. Dr. Waber gab Aufklärungen über den Stand der Verhandlungen des Staatsangestelltenausschusses mit der Regierung und deren bisherigen Zugeständnisse. Es wurde eine vom Vizepäsidenten Pauernfeindt beantragte Entschließung angenommen, worin es heißt:

„Die Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der österreichischen Staatsbeamtenvereine und der Organisation der Staatsbediensteten Oesterreichs erklärt, daß sie in den bisherigen Verhandlungen mit der Regierung keine Gewähr für die unbedingt nötige Durchführung ihrer Forderungen erblickt und die bis jetzt bekannnten Zugeständnisse der Regierung als durchaus unzulänglich bezeichnen muß. Die auf das äußerste gestiegene Notlage der Staatsbediensteten aller Rangklassen und Kategorien erfordert eine durchgreifende wirkliche Hilfe und kann durch halbe Maßnahmen nicht behoben werden. Die Staatsbediensteten sind gezwungen, vom Parlament und Regierung die restlose Durchführung ihrer bereits im Frühjahr vorgelegten Forderungen zu verlangen.“

Die Staatsbediensteten Oesterreichs müssen darauf bestehen, daß bis zur definitiven Regelung ihrer Bezüge, ihrer Forderung nach Erhöhung der Teuerungszulage auf 100 Prozent der Gesamtbezüge auch für die Pensionisten unter gleichzeitiger Gewährung von Familienzulagen und einen den ungeheuerlichen Preisverhältnissen entsprechenden unmittelbar fälligen Anschaffungsbeitrag unbedingt entprochen wird. Sie beharren ferner auf der Durchführung ihrer weiter aufgestellten Forderung nach Doppelzählung der Kriegsdienstjahre für die Vorrückung in höhere Bezüge und für den Ruhegenuß, die Verwandelung der Zeitvorrückung in die Zeitbeförderung, Neuregelung der Nebengebühren und ungesäumte Durchführung der durch die Kriegsverhältnisse dringlichst gewordenen wirtschaftlichen Maßnahmen, und zwar Durchführung der obligatorischen Krankenversicherung, Förderung der wirtschaftlichen Selbsthilfe, Inaugurierung einer großzügigen Wohnungsfürsorge und Einleitung einer Entschuldungsaktion. Die Staatsbediensteten Oesterreichs fordern Regierung und Parlament auf, rücksichtslos und mit aller Energie dem Preiswucher entgegenzutreten und einen Abbau der Preise endlich in Angriff zu nehmen.“

Die Versammlung beauftragte schließlich den Zentralverband, den engsten Zusammenschluß aller Staatsbediensteten einzuleiten, um dadurch die Erfüllung der gemeinsamen Forderungen für jetzt und insbesondere für die Zukunft zu sichern. Es wurde ferner beschlossen, die in der Resolution zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme deputativ der Regierung zur Kenntnis zu bringen.